

Vor 60 Jahren: NS-Opfer und Neuaufbau: Jakob Newinger (1889 - 1972)

(Verfolgung und Widerstand in Koblenz und Umgebung 1933 – 1945)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich begrüße Sie sehr herzlich zum zweiten Vortrag in der diesjährigen Staffel über Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz. Das letzte Mal – vor zwei Wochen – habe ich den Metternicher SPD-Funktionär Johann Dötsch porträtiert. Heute wollen wir uns einem weiteren Opfer des NS-Regimes zuwenden. Es ist Jakob Newinger. Interessanterweise wohnte Jakob Newinger auch in Metternich. Zwar war er anders als Johann Dötsch nicht in Metternich geboren, aber im Jahr 1925 war Newinger dorthin gezogen und hat Metternich – bis auf die Zeit seiner Verfolgung in der NS-Zeit – nicht verlassen. Man kann daraus durchaus den Eindruck gewinnen, dass Metternich damals eine „linke“ Gemeinde mit durchaus engagierten Aktivisten war.

Jakob Newinger hat anlässlich seines 80. Geburtstages im Jahre 1969 eine unveröffentlichte Autobiografie mit dem Titel „Eine Geschichte meines Lebens“ geschrieben. Aus dieser möchte ich Ihnen eine Passage über seinen Umzug von St. Sebastian nach Metternich und über eine Begegnung mit Johann Dötsch vorlesen:

Im Sommer 1925 kauften wir ein Einfamilienhaus in Metternich, was damals noch nicht eingemeindet war. Um von St. Sebastian nach Metternich zu ziehen, brauchte man eine Genehmigung vom Bürgermeisteramt. Dieser Umzug wurde mir nicht genehmigt, was mich (aber) nicht hinderte, den Umzug durchzuführen. Der Verkäufer hatte das letzte Möbelstück draußen und wir nahmen unser Recht und zogen in unsere eigene Wohnung. Warum sollte man auch so viel Zeit verwenden mit der Bürokratie?! Nach dem Einzug meldete ich mich bei dem Vorsitzenden der KPD. Nach einigen Tagen bekam ich eine Einladung zu einer Mitgliederversammlung, wo man mich einstimmig als Kassierer wählte. Ein Genosse wurde beauftragt, mir beim Anfang behilflich zu sein. Die erste Arbeit war, alle Mitgliedsbücher einzuziehen, um festzustellen, wie weit die Beiträge geleistet waren. Darauf folgte eine Säuberungsaktion, um eine saubere aktive Ortsgruppe zu schaffen. Um neu aufbauen zu können, muss zuerst entschlackt werden. Metternich war ein guter Boden für unsere Arbeit.

Bei den nächsten Kommunalwahlen wurde ich in den Gemeinderat gewählt. Die Sitzungen waren so interessant, dass sogar die Arbeiter aus den benachbarten Gemeinden zu den Sitzungen kamen. Der Saal war immer voll besetzt, denn es war ja so eine Art einer politischen Versammlung der KPD und wir waren auch die stärkste Gruppe im Gemeinderat. Wir machten eine sehr gute Kommunalarbeit und unterstützten alle Notleidenden mit ihrem Anliegen. Als die Notverordnung zur Debatte stand, war es für uns sehr wichtig, auch im Gemeinderat dagegen Stellung zu nehmen. Zu dieser Aufgabe bestimmte man mich. Ich wandte mich an alle Parteien, insbesondere an die SPD, (um) diesem undemokratischen Gesetz, was große Gefahren in sich birgt, keine Zustimmung zu geben. Ich legte unseren Antrag zur Abstimmung vor, wobei es zu einer scharfen Auseinandersetzung kam. Der Vorsitzende der SPD, Dötsch, welcher die Brüningsche Notverordnung verteidigte, ging so weit, dass er mich persönlich beleidigte, worauf ich ihm eine Rüge beim Bürgermeister erteilen ließ. Als der Bürgermeister unsere Forderung ablehnte, gab ich dem SPD-Dötsch eine schallende Ohrfeige, was von den Zuhörern mit Beifall aufgenommen wurde. Nach dem Handgemenge wurde die Sitzung geschlossen. Das Überfallkommando traf ein, wo alles

vorbei war. Ich stand mit noch einem Kollegen am Ausgang des Lokals, wo mich ein Polizeioffizier frug, was denn los sei, worauf ich ihm sagte, hier sei überhaupt nichts los gewesen.

Nun das soll als erster Eindruck genügen. Es war eine kleine Reminiszenz an Johann Dötsch, den ich das letzte Mal porträtiert hatte. Auch sollte es einen Eindruck von der Situation am Ende der Weimarer Republik vermitteln. Sicherlich wirft dies nur ein Schlaglicht auf die „kleine Politik“ hier vor Ort. Sie zeigt aber doch exemplarisch, wie SPD und KPD sich gegenseitig bekämpften und darüber den wirklichen Feind, Hitler und seine Nazis, mehr oder minder gewähren ließen, ihnen jedenfalls nicht gemeinsam und entschieden entgegentraten. Das Ergebnis war für beide, für Johann Dötsch und auch für Jakob Newinger, niederschmetternd. Für Johann Dötsch haben wir es das letzte Mal gesehen. Für Jakob Newinger werden wir es im Zusammenhang mit seiner Biografie heute sehen.

Damit wollen wir uns jetzt der Biografie von Jakob Newinger zuwenden. Zu Unrecht ist Jakob Newinger nahezu ganz in Vergessenheit geraten. Natürlich war er ein Mann mit Ecken und Kanten. Das haben Sie sicherlich bei der Ohrfeige für Johann Dötsch schon bemerkt. Wir sollten uns aber davor hüten, den Opfern des Nationalsozialismus die Sympathie parteiisch zu zollen. Wir sollten nicht danach fragen, welcher Partei oder Gruppierung hat dieser oder jener angehört und danach, wieweit man sich selbst mit seinen Zielen und Ideen identifizieren kann und will. Mit einer solchen Hierarchisierung des Widerstandes setzen wir nur fort, was die Nazis begonnen haben. Sie haben ihre Gegner separiert und dann nach und nach verfolgt. Sicherlich kennen Sie das berühmte Zitat von Martin Niemöller, dem evangelischen Pfarrer der Bekennenden Kirche, der selbst jahrelang persönlicher Gefangener Hitlers im Konzentrationslager Buchenwald war:

*Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat.*

*Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.*

Geboren wurde Jakob Newinger am 9. März 1889 in St. Sebastian bei Koblenz. Er stammte – wie man so schön sagt – aus kleinen Verhältnissen. Seine Eltern hatten eine kleine Landwirtschaft, ihr Eigen nannten sie ca. 5 ha Land, ein Pferd, vier Kühe, zwei Schweine und etwas Federvieh. Die Newingers waren zu acht: Vater, Mutter und sechs Kinder. Zwei Kinder starben schon im Kindesalter, Jakob war das jüngste. Die Kinder hatten – das war selbstverständlich – in der Landwirtschaft mitzuhelfen, sie waren also Arbeit von klein auf gewöhnt. Seine Erwerbstätigkeit begann Jakob Newinger als Lehrling in einem Emalierwerk bei Koblenz. Als er – wie er sagte – als Streikbrecher eingesetzt werden sollte und dies ablehnte, erhielt er seine sofortige Kündigung. Weitere Stationen seines noch jungen Berufslebens waren dann die Eisengießerei in der Concordiahütte in Mülhofen und die Köln--Düsseldorfer-Dampfschiffahrtsgesellschaft.

Im Jahr 1909 musste Newinger zum Militär. Begeistert war er davon nicht, aber als er hörte, dass er zum III. Stammseebataillon nach China kommen sollte, war das für ihn schon verlockend. Tatsächlich kam er dann als Soldat mit 20 Jahren in die damaligen deutschen Kolonie Kiautschou in der chinesischen Provinz Shangtung. Das Deutsche Reich hatte China im Jahre 1898 dazu gebracht, dieses Gebiet Deutschland für 99 Jahre zu verpachten. Kiautschou mit seinem Hafen Tsingtau war eine der ganz wenigen deutschen Besitzungen

in Asien. Dorthin hatte es also Jakob Newinger als Soldat im Jahr 1909 verschlagen. Für uns heutige war es ein Glück, dass sich Jakob Newinger in jungen Jahren gern fotografieren ließ und sich in Tsingtau mit einem Fotografen anfreundete. Dadurch sind wir heute im Besitz interessanter, exotischer Fotos von Jakob Newinger - einige Jahre nach dem sog. Boxeraufstand. Die Situation für Jakob Newinger war sicherlich zwiespältig. Er war zwar „nur“ Bursche eines Hauptmanns namens Retzlaffs – diesem Mann und diesem Namen werden wir noch später begegnen, aber er hatte doch irgendwie Anteil an dem Dünkel der deutschen Soldaten. Newinger beschrieb dies in seinen Lebenserinnerungen so:

Die Stadt Tsingtau war eine rein deutsche Stadt. Eine Villa (war) schöner als die andere. Aber gebaut wurde sie von den armen Chinesen. In diesen Villen wurden viele Chinesen beschäftigt, da sie für wenig Geld viel arbeiten mussten. Aber der Bürgersteig auf den Straßen durfte von Chinesen nicht benutzt werden. Der deutsche Offizier benutzte die Reitpeitsche, wenn ihm auf dem Bürgersteig ein Chinese begegnete. Die Verkehrsmittel waren die sog. Rikschas, welche von den Chinesen in Bewegung gesetzt wurden. Man nannte sie Rikschakuli. Es gab einige Chinesen, welche eine eigene Rikscha hatten, aber die große Mehrzahl fuhr für ein deutsches Unternehmen für einen Hungerlohn und war auf dem Rücken mit Nummernschildern versehen. Nun war der Unternehmer nicht der einzige Ausbeuter, denn es gab leider viele Soldaten und deren Vorgesetzte, welche die armen Menschen noch um das Fahrgeld betrogen. Es kam sogar vor, dass sie flehend um das Fahrgeld baten, dass sie anstatt Fahrgeld eine Tracht Prügel bekamen (...) Die Herren der Kolonie nutzten alle Bequemlichkeiten für sich aus und die Chinesen waren eben nur die Kulis.

Noch vor Beginn des I. Weltkrieges kehrte Newinger nach Deutschland zurück. Zwei Jahre später war er aber wieder Soldat, diesmal im I. Weltkrieg und diesmal auch nicht so weit weg von Metternich und von Koblenz, nämlich in Belgien. Newinger wurde schwer verwundet. Er kam ins Lazarett und dann wieder an die Front in Belgien, in den berüchtigten Stellungskrieg.

Nach dem I. Weltkrieg und dem Scheitern der so genannten Novemberrevolution, bei der Newinger Soldatenrat war, kehrte er nach Koblenz und Umgebung zurück. Newinger heiratete und gründete – wie man so sagt – eine Familie. Aber auch danach war er ein Mensch, der sich nicht anpasste, der im privaten und beruflichen Bereich aufbegehrte und für seine verschiedenen Arbeitgeber unbequem war. Das lag daran, dass er ein unermüdlicher Kämpfer für die Rechte und Interessen der Arbeiter und solidarisch mit seinen ebenso denkenden und handelnden Arbeitskollegen war. Die Arbeitgeber sahen in ihm einen Störenfried und machten ihm das Leben schwer, wo sie nur konnten.

Aber Newinger ließ sich nicht unterkriegen. Gewerkschaftlich, aber auch allgemein politisch war und blieb er engagiert. So war er gegen die französische Besatzung und gegen die Separatisten. Auch war er aktiv dabei, als die Separatisten am 25. Oktober 1923 im Koblenzer Schloss die „Unabhängige Rheinische Republik ausriefen. In seinen Erinnerungen heißt es dazu u.a.:

Wir führten auch einen harten Kampf gegen die Separatisten, welche unter dem Schutz der Franzosen standen. Ich kann mich noch gut erinnern, wie Richard Scheringer, der damals in Koblenz war, in der vordersten Reihe mit uns kämpfte. Trotz Einsatz starker französischer Streitkräfte holten wir die Separatistenfahne vom Koblenzer Schloss herunter. Hier sah man wieder, was eine feste Einheit der Arbeiterklasse zu leisten vermag. Der damalige

Oberbürgermeister von Köln stand auch auf Seiten der Separatisten, um das Rheinland (an die) Franzosen zu verscheuern. Die vaterlandslosen Gesellen, wie man die Kommunisten nannte, standen in der ersten Abwehrfront.

Natürlich hatte es Newinger auch in dieser Zeit nicht leicht, eine Arbeitsstelle zu finden - und dann auch zu behalten. In seinen Erinnerungen schreibt er dazu:

Die Arbeitslosigkeit nahm immer größere Formen an, so dass es für einen aktiven Gewerkschafter immer schwerer wurde, eine Arbeit zu finden. Man lief von einem Unternehmer zum anderen. Man hatte schon mal Glück, wenn eine fremde Firma auftauchte, wo man noch unbekannt war, eingestellt zu werden. Als man die unsozialen Verhältnisse zu ändern versuchte, lag man wieder auf der Straße. Ab und zu wurde man zu Notstandsarbeiten herangezogen. Die Löhne waren gering und die Arbeit nicht von langer Dauer. Mit Unterstützung der kapitalistischen Gesellschaft als Geldgeber formierte sich der Faschismus unter Führung Hitlers. Nun galt es für die Arbeiterklasse, den Kampf gegen den Faschismus zu führen, welcher unter dem Schutz der Polizei stand. Die Arbeiter bekamen den Gummiknüppel oft zu spüren. Leider wurde der Abwehrkampf von der SPD-Führung nicht unterstützt.

In diesen Jahren war Jakob Newinger – ich erwähnte es vorhin - mit seiner Familie nach Metternich gezogen. Schon bald wurde er Mitglied des Gemeinderats. Seine politischen Überzeugungen vertrat er auch dort ganz entschieden. Ja, meine Damen und Herren, und dann kam die Zeit der Brüning'schen Notverordnungen. Und dann kam auch die Zeit, als Jakob Newinger Johann Dötsch im Metternicher Gemeinderat eine Ohrfeige verpasste und Newinger daraufhin aus dem Gemeinderat ausgeschlossen wurde und eine Geldstrafe erhielt.

Diese Auseinandersetzung zwischen Jakob Newinger und Johann Dötsch ist symptomatisch. Anstatt dass sich die SPD und KPD - diese beiden damals noch marxistischen Parteien - zusammaten und eine „Einheitsfront“ oder „Volksfront“ gegen Hitler und die Nationalsozialisten bildeten, bekämpften sie sich – vor allem die KPD die SPD – verbittert. Seit Jahren verfocht die KPD zusammen mit der Kommunistischen Internationale bzw. besser gesagt die Kommunistische Internationale mit der KPD als ausführendes Organ die These vom Hauptfeind Sozialdemokratie. Gänzlich undifferenziert waren die SPD und ihre Mitglieder die „Sozialfaschisten“. Sie mussten in erster Linie bekämpft werden, noch vor den Nationalsozialisten. Das war eine gefährliche und falsche Politik, die erst spät – viel zu spät – auf der sog. Brüsseler Konferenz im August 1935 revidiert wurde.

Mein Damen und Herren, dies hier soll keine Diffamierung des kommunistischen Widerstandes sein. Unbestreitbare Tatsache ist und bleibt vielmehr, dass von allen politischen Strömungen die Kommunisten die weitaus meisten Opfer zählten. Die KPD wurde schon während der Auseinandersetzungen bis 1933 in den Straßen- und Saalschlachten von den Nationalsozialisten erbittert bekämpft. Die KPD galt bei den Nazis als streitbare „antifaschistische“ Partei, und sie wurde deswegen von den Nationalsozialisten nach deren Sieg 1933 auch am blutigsten verfolgt, die Parteiorganisationen wurden zerschlagen. Trotzdem bildeten KPD-Funktionäre fast überall illegale Widerstandsgruppen, die dann allerdings immer wieder entdeckt und von der Gestapo vernichtet wurden. Das hatte verheerende Folgen, allein 1933 und 1934 sind 60.000 Kommunisten inhaftiert und etwa 2.000 ermordet worden, diese Zahl stieg bis zum Kriegsausbruch im Jahr 1939 auf 20.000 Tote. Vor diesem Hintergrund ist es ein falscher Ansatz, die Widerständler und die Opfer des National-

sozialismus danach zu beurteilen, inwieweit ihre Analyse der politischen Verhältnisse und die daraus abgeleiteten Handlungsmaximen richtig waren. Denken Sie an den militärischen Widerstand am 20. Juli 1944. Diese Widerständler werden bei uns hoch in Ehren gehalten – und das ist auch gut so – und gleichwohl muss man sehen, dass sie sich in den ersten Jahren vorbehaltlos in den Dienst des Hitlerfaschismus gestellt und auf diese Weise noch glänzende Karrieren gemacht haben. Wie man ihrem Mut für den militärischen Widerstand nicht mit Erfolg dieses „Mitmachen“ in den ersten Jahren entgegenhalten kann, so kann man den Kommunisten und ihrem Widerstand ohnegleichen nicht ihre Abgrenzung gegenüber den und Diffamierung der Sozialdemokraten entgegenhalten. Wenn ich dies hier trotzdem erwähne, geschieht es, damit sie sich die nachfolgenden autobiografischen Notizen nicht unkritisch zu Eigen machen.

Aus der frühen Nazizeit hier in Koblenz wissen wir erstaunlich wenig. Es gibt kaum Zeitzeugenberichte darüber. Eine Ausnahme bildet Jakob Newinger mit seiner Autobiografie „Eine Geschichte meines Lebens“. Deshalb möchte ich Ihnen aus dieser Biografie den Abschnitt über das erste Jahr der NS-Diktatur, wie sie ein Kommunist in Koblenz erlebt hat, vortragen:

Bei der nächsten Gemeinderatswahl unter der Ära der Nazis wurde ich trotz Schutzhaft wieder als Kandidat aufgestellt und auch gewählt, so auch die anderen Genossen. Man schickte mir einen Fragebogen ins Koblenzer Gefängnis, ob ich die Wahl annehmen würde, was ich natürlich mit „ja“ beantwortete. Die Faschisten entschieden anders und lehnten ab. Die Metternicher Bevölkerung lehnte in der Mehrheit den Faschismus ab. Bei dem Abwehrkampf standen die Kommunisten in vorderster Linie. Wir scheuten keine Hindernisse, weder bei Tag noch bei Nacht. Die Polizei machte dauernd Jagd auf uns. Bei antifaschistischen Demonstrationen bot man ganze Hundertschaften von Polizeimännern auf. Ich selbst und meine Familie waren schon ganz auf Hausdurchsuchungen eingestellt. Meine Frau wachte scharf darauf, dass man mir nichts hinlegte, was ich nicht besaß. Die Polizei versuchte (auf) allerlei schmutzige Art, Belastungsmaterial gegen uns zu finden. Die Polizei, (deren Leute) selbst Arbeiter im Waffenrock sind, schulte man zum Antikommunismus; und wir bekamen ihre Gummiknüppel zu spüren. Um den Faschismus abzuwehren, versuchten wir immer wieder die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen, wozu bei den Gewerkschaften das Hauptarbeitsfeld für uns war. Bei der Ortsgruppe Bau Metternich war der Vorstand fast restlos von Genossen der KPD besetzt. Die Arbeiter schenken uns ihr ganzes Vertrauen und stimmten mit uns (bei) der Schaffung der Einheitsfront im Kampf gegen Faschismus und Krieg (zu). Die KPD war auch bei den Tagungen des Gesamtverbandes stark vertreten. Unsere Forderungen gingen bis zum Generalstreik, wogegen sich der Hauptvorstand der Gewerkschaften wehrte. Es kam dann fast überall zum Ausschluss der Kommunisten, so auch bei uns. Unter Androhung von Strafe durften wir an keiner Sitzung mehr teilnehmen. Die nächste Delegiertentagung stand unter Polizeischutz. Weil das so in ganz Deutschland war, wurde von der KPD beschlossen, einen eigenen Gewerkschaftsverband unter der Bezeichnung RGO zu gründen. Auch von da aus ging unsere Gewerkschaftsarbeit weiter. Unsere Parolen waren an den Fabrikschornsteinen und vielen anderen Plätzen weit sichtbar. Metternich war für die Nazis ein heißes Pflaster. Wenn sie mal unter einem großen Polizeiaufgebot tagten, dann sah Metternich aus wie bei einer Mobilmachung.

Die Arbeiter waren zur Stelle. Die Arbeiter, die noch an einen Generalstreik glaubten und auch dazu bereit waren, wurden von der SPD und (der) Gewerkschaftsführung sehr enttäuscht, da diese den Generalstreik ablehnten und damit Hitler den Weg freimachten zur Machtübernahme. Ich kann mich noch gut erinnern, wie der SPD-Abgeordnete Wels im

Reichstag sagte, lieber zehnmal mit den Nazis als einmal mit den Kommunisten.

Hier muss ich Newinger in der Geschichte seines Lebens kurz unterbrechen. Denn das, was er zum Verhältnis zur SPD sagt, kann so nicht unwidersprochen bleiben. Wie ich schon ausführte, diffamierten die Kommunisten die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ und sahen in der SPD ihren Hauptfeind. Trotzdem traf es zu, dass Kommunisten wie Newinger einfache Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften agitierten, damit diese mit der KPD eine „Volksfront“ bilden sollten. Das war eine allgemeine Taktik der KPD. Verschwiegen wird dabei – und auch Newinger verschweigt es in seinen Lebenserinnerungen –, dass diese „Volksfrontangebote“ der KPD nicht an die SPD-Führung und ihre Funktionäre ging, sondern vielmehr an die einfachen Mitglieder der SPD vor Ort. Gewollt war vor der sog. Machtergreifung Hitlers von der KPD keine wirkliche „Volksfront“ von KPD und SPD, sondern vielmehr eine Agitation der SPD-Mitglieder. Sie wollte man abwerben und für eine Zusammenarbeit gewinnen – und diffamierte die SPD-Führung gleichwohl als „Sozialfaschisten“. Die KPD wollte also einen Keil zwischen die SPD-Führung und die SPD-Mitglieder treiben. Das konnte nicht gut gehen und ging auch nicht gut. Diese Taktik der KPD bzw. der Komintern änderte sich erst auf der sog. Brüsseler Konferenz im August 1935. Da war es aber für eine echte „Volksfront“ viel zu spät.

Aber genug dieser Erklärungen. Lassen wir Newinger in seinen Lebenserinnerungen weiter zu Wort kommen:

Der Reichstagsbrand, von den Faschisten selbst gelegt, war das Signal zur Verhaftung aller Antifaschisten. In erster Linie ging es gegen die KPD, welche auch fälschlicherweise beschuldigt wurde, den Reichstag in Brand gesetzt zu haben.

Ich selbst wurde am 28. Februar 1933 als erster verhaftet und in Schutzhaft genommen. (In den) darauf folgende(n) Tage(n) kamen noch viele Genossen dazu. Die Zellen waren über(be)legt. Bei meiner Verhaftung waren noch mehrere Genossen in meiner Wohnung, um über weitere Maßnahmen zu sprechen. Diese Genossen blieben unberührt, denn sie hatten nur die Anweisung zu meiner Festnahme. Die Straße war sehr belebt durch den Karneval. Die Menschen protestierten gegen meine Verhaftung und verlangten meine sofortige Freilassung. Als die Ansammlung immer größer wurde, rief der Naziwirt das Überfallkommando an, was auch bald erschien und mich unter Protest der Massen ins Auto zertrte und (mich) ins Polizeigefängnis brachte. Anderntags kamen noch mehr bekannte Genossen hinzu. Man hatte eine größere Zelle für den ersten Empfang eingerichtet. Die Polizei versäumte auch nicht, einen Spitzel und Provokateur in unsere Zelle zu bringen. Da wir (dessen) Machenschaften schnell erkannt (hatten), verlangten wir die Entfernung dieses Provokateurs aus unserer Zelle. Er soll seine Rolle auf einer Einzelzelle spielen und wir wurden ihn los. Als die Verhaftungen ein größeres Ausmaß (annahmen), brachte man uns in das Koblenzer Gefängnis, wo auch bald die Zellen überfüllt waren und wir mussten Bekanntschaft mit Wanzen machen. Alles ausräuchern half nichts, denn sie waren und blieben da. Der Gefängnisarzt Dr. Eiden war ein alter Freund und ein fanatischer Nazi und sein Hass galt vor allem den Kommunisten. Meldete sich einer von den Genossen krank, dann wurde er von einem Beamten zum Arzt gebracht, welcher gar keine Untersuchung vornahm, und nur von seinem Stuhl aus eine Tablette oder irgendeinen Tee verschrieb. Ein großer Teil unserer Genossen wurde morgens von den Nazis abgeholt, um zu arbeiten, was ich in den ersten vier Monaten ablehnte, dann aber aus folgenden Gründen änderte, denn die Genossen hatten Verbindung mit dem Saargebiet und die Frauen konnten uns jeden Tag besuchen, um etwas zu essen und Nachricht (zu) überbringen. Es gab viele Menschen,

welche den Außenarbeiter(n) Rauchwaren schenkten.

Eines Tages musste ich zum Stabsführer kommen, welcher mich fragte, warum ich meiner Frau verboten hätte, ein Gesuch für meine Entlassung einzureichen. Ich gab ihm zur Antwort, dass von einem Verbot keine Rede war, denn ich sagte meiner Frau, dass ein Gesuch sinnlos sei, da es ja doch auf Ablehnung stieß.

Nun muss ich noch (auf) eine Episode zurückkommen, welche sich in den ersten Wochen nach unserer Verhaftung abspielte. In Berlin wurde eine frisch gepflanzte Hitlereiche umgebrochen und wie immer wurden dafür die Kommunisten verantwortlich gemacht, worauf alle Haftanstalten angewiesen wurden, den politischen Häftlingen drei Tage das Mittagessen zu entziehen. Aus Protest traten wir in einen mehrtägigen Hungerstreik, worauf die Polizei das Gefängnis umstellte. Wir waren nicht bereit, ohne Widerstand mit uns spielen zu lassen. Am 1. Mai 1933 schallte die Internationale durch das ganze Gefängnis und wieder war Polizeialarm.

Im Sommer 1933 musste ich wegen einer Blasen- und Nierenentzündung ins Krankenrevier. Da der Gefängnisarzt Dr. J. Eiden sich kaum den Kranken annahm, waren wir auf den Revierbeamten angewiesen, der zur Betreuung aller Kranken zuständig war. Eines Nachts war das ganze Gefängnis in Bewegung, wo alle politischen Häftlinge nach dem KZ-Lager in Esterwege(n) abtransportiert wurden. Man hatte auch mich auf der Transportliste, ich war aber nicht transportfähig.

Nun kam wieder etwas Neues auf mich zu, wo ein Sprengstoffverfahren gegen mich eingeleitet war. Ein(en) Provokateur und arbeitsscheue(n) Mensch(en) gebrauchte man als Zeugen, der mir gegenübergestellt wurde und behauptete, ich hätte ihm mal Sprengstoff angeboten. Ich hatte noch nie mit einem Mann, auch nicht mit ihm, gesprochen. Man gab mir kein Recht, dem zu widersprechen. Nachdem ich wieder das Bett im Krankenrevier verlassen konnte, aber immer noch nicht gesund war, holte mich die Gestapo zur Vernehmung ins Polizeigefängnis. Die beiden Beamten befahlen mir, drei Schritte vor ihnen zu gehen, was ich entschieden ablehnte mit der Bemerkung, dass ich nicht auf der Flucht erschossen werden möchte. Da einige Zivilisten in der Nähe waren, sah man von ihrem Verlangen ab und (ich) ging dann zwischen den Beamten zum Polizeigefängnis zur Vernehmung. Im Polizeigefängnis angekommen, führten zwei weitere Beamte die Vernehmung, welche verlangten, ich sollte doch laut Zeugenangeben ein Geständnis ablegen und Leute angeben, welche mit dem Sprengstoff zu tun hatten und den Namen, von wem ich de(n) Sprengstoff erhielt. Als ich ihnen sagte, dass kein Sprengstoff in meinem Besitz war und so auch keinen anbieten konnte, so sei es mir auch unmöglich, Mitwisser nennen zu können. Damit war die Gestapo nicht zufrieden und so hielten sie die Pistole gegen meinen Kopf und glaubten, mich damit zum Verräter zu machen. Jetzt galt es, hart zu bleiben und von meiner Aussage nicht abzuweichen. Nun brüllte man mich an: „Wollen Sie endgültig ein Geständnis ablegen oder nicht?“ Ich sagte, sie können mit mir machen was sie wollen. Um bei der Wahrheit zu bleiben, kann ich nur meine Aussage wiederholen. Ich war höchst erstaunt, dass die Drohungen nicht in die Tat umgesetzt wurden.

Es gab zu dieser Zeit keine Folterkammer im Polizeigefängnis. Man gab die Sache an die Oberstaatsanwaltschaft Köln. Im Januar 1934 kam der Rest der politischen Gefangenen aus der Haftanstalt Koblenz ins Polizeigefängnis, wo wir auch in einer großen Zelle untergebracht waren und uns mit Karten- und Schachspiel und Unterhaltung die Zeit vertrieben. Man konnte auch ohne Aufsicht Besuch empfangen.

Eines guten Tages kam ein mir bekannter Polizist mit zwei von der Gestapo in unsere Zelle, um Anweisungen zu geben, wohin jeder einzelne gebracht werden sollte, denn fast alle stammten aus dem Ruhrgebiet. Als man zu mir sagte, sie bleiben hier, stellte ich die Frage, warum man mich noch nicht entlassen würde. (Sie) sagten, erstens läuft gegen sie eine (An)klage und zweitens würden sie sich ins Ausland absetzen, worauf ich erwiderte, dass meine Familie in Metternich wohne und nicht im Ausland. (Wegen der) Anklage gegen mich sollte man mich (...) vors Gericht stellen, denn ich wäre mir keiner Schuld bewusst. Damit müssen Sie sich schon an die Staatsanwaltschaft Köln wenden, gab man mir zur Antwort. Ich verlangte sofort Briefpapier und Tinte und schrieb mit der Bitte, mir eine klare Auskunft zu erteilen, ob ein Verfahren gegen mich eingeleitet sei, denn dann würde ich eine gerichtliche Verhandlung verlangen, (anderenfalls) meine Entlassung aus fast einjähriger Schutzhaft. Es dauerte noch keine Woche mit der Antwort, das Gericht hätte keine Bedenken gegen meine Entlassung, da das Verfahren gegen mich eingestellt sei. Nach acht Tagen wurde ich einem Beamten vorgeführt, der mir erklärte, bevor sie entlassen werden, müssen sie noch unterschreiben, dass sie mit der heutigen Regierung einverstanden sind, was ich im ersten Augenblick ablehnte. Man führte mich wieder in die Zelle zurück. Es dauerte nicht lange, da kam ein mir bekannter Polizeibeamter, der der SPD nahe stand, zu mir und bat mich zu unterschreiben – schon meiner Familie wegen. Ich gab dann nach und unterschrieb. Am 28. Februar 1934 konnte ich dann zu meiner Familie gehen.

Jakob Newinger war – wie sich auch aus seinem Bericht ergibt – kein Einzelfall. Viele Funktionäre und auch Mitglieder der verbotenen KPD kamen in Haft, sei es in „Schutzhaft hier in Koblenz oder - nach ihrer Verschleppung – in die Emslandlager, wie die Konzentrationslager Börgermoor und Esterwegen. Andere Kommunisten waren untergetaucht oder ins westliche Ausland, ins Saargebiet und später nach Frankreich oder Belgien, geflohen. Die Massenverhaftungen im Zuge des Reichstagsbrandes trafen den ohnehin schwachen Bezirk Mittelrhein insgesamt und auch die einzelnen Kommunisten in den kleineren Städten und auf dem Land besonders schwer, waren diese doch nur eine Minderheit und in der Regel stadt- und ortsbekannt. Für den Unterbezirk Koblenz schätzte man, dass 20 % bis 50 % der Mitglieder in Haft waren. Zudem wurde der bisherige Politische Leiter des Bezirks, Bernhard Bästlein, wegen interner Spannungen abgelöst und kurz darauf verhaftet. Zu diesem Zeitpunkt waren „bereits drei Garnituren von Oberinstruktoren (...) durch die Verhaftungen verloren“ gegangen. Das hatte sicherlich seinen Grund auch darin, dass sich unter den Leitern des Bezirks ein Spitzel befunden haben soll.

Damit war die Organisation der KPD – noch während Jakob Newinger in sog. Schutzhaft einsaß - vor Ort in Koblenz und auch an anderen Orten des Unterbezirks Koblenz fürs erste zerschlagen. Die Leitung der KPD bemühte sich trotz dieser Schwierigkeiten und Rückschläge erneut, die Organisation wieder aufzubauen. Dabei bediente man sich der traditionellen Formen und Strukturen sowie Leuten aus der zweiten und dritten Reihe. Man vermochte es aber nicht, die eigenen Reihen von Spitzeln frei zu halten. Das schuf die gleichen Probleme und hohen Verluste, die die Kommunisten zuvor schon hatten.

Am 28. Februar 1934 – also genau ein Jahr nach seiner Festnahme und Inhaftierung war Newinger dann frei. Aber er war nur körperlich frei, er stand weiter unter massiver Kontrolle und Beobachtung. Er musste sich mehrmals in der Woche auf der Polizeistation melden und galt als generell verdächtig. Wenn in der Gegend Flugblätter auftauchten oder Parolen an die Wände geschrieben waren, war stets die Polizei bei ihm, um ihn zu verhören und das Haus zu durchsuchen. Trotz der einjährigen „Schutzhaft“ und der anschließenden Schikanen, die schnell in erneute Verfolgung umschlagen konnten, knüpfte Newinger wieder

Kontakt zu Gleichgesinnten und war wieder politisch aktiv. Es war aber nur eine lose Sympathiegruppe, die nicht in einer fest gefügten Organisation zusammen gefasst war. Bei anderen wieder aktiv gewordenen Kommunisten war es nicht anders. Auch dort gab es untereinander und mit den anderen Gruppen nur einen losen Kontakt. Das missfiel der Auslandsleitung der KPD in Amsterdam und sie drängte sie auf eine erneute Reorganisation im Bereich Mittelrhein. Die Weichen hierfür wurden im Mai 1935 in Amsterdam gestellt, als ein neuer Politischer Leiter für den Unterbezirk Koblenz ernannt wurde. Dies intensivierte die Arbeit Newingers und seiner Gruppe. Man traf sich illegal und konspirativ, verbreitete die Zeitung „Rote Fahne“ und anderes Material, trieb Mitgliedsbeiträge ein und sammelte für die Familien von inhaftierten Genossen. Auch hatte man Kontakt zu anderen Gruppen und traf sich sogar gelegentlich mit einem Kurier, den die Auslandsleitung der KPD für den Wiederaufbau der illegalen KPD in das Mittelrheingebiet geschickt hatte.

Ende September 1935 traf dann ein neuer von der Auslands-KPD an den Mittelrhein beordeter Instrukteur in Koblenz ein. Über eine erste Kontaktaufnahme kam er aber nicht hinaus. Zwei frühere Kommunisten, die die Gestapo als Spitzel gewonnen hatte, lösten eine neue Verhaftungswelle aus, der insgesamt mehr als 40 Personen zum Opfer fielen. In seinen Erinnerungen schreibt Jakob Newinger darüber wie folgt:

Im Herbst 1935 wurden durch Fahrlässigkeit einige(r) Genossen über 40 Verhaftungen vorgenommen und mit 21 Genossen standen wir vor dem Hammer Sondergericht. Als ich von der ersten Verhaftung Kenntnis erhielt, führte ich mit noch einem Genossen eine Sammlung bei bekannten Geschäftsleuten durch für die Familien der verhafteten Genossen. Die Gestapo hat(te) es verstanden, zwei Spitzel in einige Gruppen einzuschließen, es waren frühere Genossen. Da ich beide kannte, warnte ich unsere Leute vor diesen Kreaturen. Leider vergebens. Ich selbst wurde mit Genossen Fasel, Metternich, als letzter verhaftet. Mich selbst verhaftete man bei einem Bauern im Feld, wo meine Frau und ich bei der Kartoffelernte halfen. So schmutzig wie ich war, nahm man mich mit und den Genossen Fasel verhaftete man auf der Straße.

Nach einem Jahr Schutz- und Untersuchungshaft kamen Newinger und seine Mitangeklagten nach Hamm und wurden vom Oberlandesgericht Hamm verurteilt. Der Instrukteur wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat in einem gesonderten Verfahren zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Von den 21 Kommunisten aus Koblenz und Umgebung wurden 20 wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu insgesamt 47 Jahren und drei Monaten Zuchthaus sowie zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Jakob Newinger erhielt zwei Jahre und drei Monate Zuchthaus. Die Strafe verbüßte er im Zuchthaus in Siegburg.

Ich brauche wohl nicht zu betonen, dass diese Zuchthausstrafe für das, was Jakob Newinger in seinem Widerstand gegen das NS-Regime getan hatte, gänzlich unangemessen war. Zudem sind zwei Jahre und drei Monate Zuchthaus eine sehr lange Zeit, die einen Menschen zerbrechen lassen können. Das war aber noch nicht einmal alles. In den Augen der Nazis war Newinger ja Wiederholungstäter und fanatischer Kommunist. Obwohl er unmittelbar nach dem Reichstagsbrand als aktiver Kommunist verhaftet worden war und ein ganzes Jahr in Schutzhaft verbracht hatte, hatte er sich – im Jargon der Nazis – nicht von seinen kommunistischen Ideen abbringen lassen, sondern hatte unbeirrt gegen die „nationale Revolution“ und den „neuen Staat“ „gewühlt“. Angesichts dessen bestand die große Gefahr, dass Newinger nach Verbüßung der Zuchthausstrafe nicht frei kam, sondern unmittelbar aus dem Zuchthaus in „Schutzhaft“ genommen und in ein Konzentrationslager verschleppt würde. Dieses Schicksal blieb Newinger aber erspart, möglicherweise hat seine

Frau, die sich sehr für ihn bei der Koblenzer Gestapo eingesetzt hatte, mit dazu beigetragen. Jedenfalls konnte Newinger im Februar 1938 nach Verbüßung der Haft nach Hause fahren. Mehrmals in der Woche musste er sich auf der Polizeistation melden – dies war er ja aufgrund seiner Freilassung im Jahr 1934 schon gewohnt. Die Gestapo versuchte sogar, Newinger für eine konspirative Tätigkeit zu gewinnen. Er sollte einen guten Bekannten, den die Nazis suchten, in Holland ausfindig machen und nach Deutschland zurückbringen. Aber auch für Geld, Kleidung und gute Worte ließ sich Newinger darauf nicht ein.

Nach alledem kaum vorstellbar, blieb Newinger auch dann weiter widerständig aktiv. Insbesondere kümmerte er sich um französische Kriegsgefangene und versuchte, ihr Los zu erleichtern. Die Gefangenen nannten ihn „das Auge Moskaus“.

Als bald schloss sich Newinger André und Anneliese Hoevel und deren Kreis an.

Dieser Kreis von ehemaligen Mitgliedern und Sympathisanten der KPD sowie Freunden von André und Anneliese Hoevel half nach der langen und schweren Zeit der Verfolgung, der Inhaftierung in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, der Isolierung und Schikanierung, die eigene - auch politische - Identität und Überzeugung zu bewahren. Zu dieser Selbstbehauptung und Bewahrung der eigenen Identität gehörte auch das regelmäßige Abhören ausländischer Sender, des Londoner Rundfunks und des Moskauer Rundfunks, um sich über die wahre Kriegslage zu informieren und diese Lage dann politisch zu analysieren. Dass der Kreis dabei den von Hitler begonnenen Angriffskrieg, insbesondere den Vernichtungskrieg im Osten, verurteilte, versteht sich dabei von selbst. Der Kreis um das Ehepaar Hoevel blieb aber bei der Analyse der Lage nicht stehen. Vielmehr war der Kreis - trotz der äußerst schweren Bedingungen der Hitler-Diktatur zumal in der Kriegszeit - bemüht, ihre Einstellung zu Hitler und dem Krieg auch anderen zu vermitteln. So betrieb sie auch Antikriegspropaganda innerhalb der deutschen Wehrmacht. Man sammelte Adressen von Wehrmachtsangehörigen und schickte ihnen Aufklärungsbriefe. All dies war von der Erwägung getragen, dass innerhalb der kämpfenden Truppe eine möglichst breite Widerstandsbewegung aufgebaut werden müsse, um damit den Sturz des NS-Regimes und zugleich das Ende des Weltkrieges zu erreichen.

Die Staatsanwaltschaft, die später diese „Verbrechen“ anklagen sollte, beschrieb diese Aktivitäten wie folgt:

Nach der Machtübernahme traten die Eheleute Noetzel zu den Eheleuten Hoevel in nähere Verbindung. Sie besuchten sich gegenseitig und hörten gemeinsam die Nachrichten des Londoner Senders ab. Das Abhören des Londoner Senders fand in der Wohnung der Eheleute Hoevel in Koblenz statt. Zu diesem Zweck besuchte Noetzel die Eheleute Hoevel in Koblenz. Auch Frau Hoevel beteiligte sich am Abhören der Nachrichten des Londoner Senders. Im Anschluss an dieses Abhören diskutierten die Eheleute Hoevel mit Noetzel über das Gehörte und bestärkten sich gegenseitig in ihrer staatsfeindlichen Gesinnung. Außer diesem Abhören des Senders führten Hoevel und Noetzel auch mehrere Male politische Besprechungen in Koblenz. Auch bei diesen Gelegenheiten bestärkten sie sich gegenseitig in ihren illegalen Ideen (...)

Hoevel hat in seiner Wohnung in Koblenz auch mit Newinger und einem gewissen Steinwand, der der Wehrmacht angehört, den Londoner Sender abgehört. Zuweilen wurde dieses Abhören auch in Anwesenheit mit Noetzel, Newinger und Steinwand von Hoevel vorgenommen. bei dieser Gelegenheit diskutierten sie anschließend über die politische Lage.

Hoevel hat auch, wie er zugibt, in Anwesenheit seiner Ehefrau und des Noetzel mit diesen politische Gespräche geführt, wobei wiederum die Nachrichten des Londoner Senders zur Grundlage dienten. Hoevel erzählte hierbei politische Witze. Hoevel gibt zu, dass sich auch seine Frau am Abhören des Londoner und Moskauer Rundfunks beteiligt habe. Auch die Ehefrau Noetzel, die zuweilen nach Koblenz kam, beteiligte sich an diesem Abhören mit anschließenden politischen Gesprächen.

Die Ehefrau Hoevel gibt zu, dass sie gemeinsam mit ihrem Mann, Noetzel, Steinwand und Newinger in ihrer Wohnung den Londoner Sender abgehört hat, dass es im Anschluss daran zu politischen Gesprächen gekommen ist. Auch die Ehefrau Noetzel sei hierbei zuweilen zugegen gewesen (...)

Der Beschuldigte Newinger räumt ein, dass er zusammen mit Hoevel und Steinwand den Londoner Sender in der Wohnung des Hoevel abgehört und dass sie sich darüber anschließend unterhalten haben...

In den Berichten des Sachbearbeiters der Staatspolizei wird zum Ausdruck gebracht, dass sich sämtliche Beschuldigte das gemeinsame Abhören des Londoner Senders und durch ihre staatsfeindlichen Äußerungen der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens schuldig gemacht haben. Außerdem haben sie gegen die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen verstoßen...

Wahrscheinlich wurde der Kreis denunziert. Zunächst nahm die Gestapo die Eheleute Noetzel in „Schutzhaft“. Vor allem Adolf Noetzel wurde grausam verhört. Es steht zu vermuten, dass er diesen Peinigungen nicht standgehalten und Namen von weiteren Mitgliedern des Kreises preisgegeben hat. Jedenfalls waren die Verhöre für ihn so unerträglich, dass er sich zehn Tage später, am 6. Dezember 1941, in seiner Zelle im Polizeigefängnis in Wiesbaden erhängt hat. Bereits am 30. November 1941 waren André und Anneliese Hoevel hier in Koblenz von der Gestapo festgenommen worden. Am 7. Dezember 1941 verhaftete man Jakob Newinger. In der „Geschichte seines Lebens“ erinnert sich Newinger daran wie folgt:

Im Herbst 1941 hatte ich einen Unglücksfall und wurde wegen einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert. Vor dem Unfall hatten wir noch ein Flugblatt verbreitet über die Predigt des Bischofs von Galen aus (Münster). Diese Predigt war eine offene Anklage gegen den Faschismus. Mit diesem Brief machte ich auch (die) Schwestern im Krankenhaus bekannt, wodurch sie mir ein großes Vertrauen entgegen brachten und (sie) mich auf die geringste Gefahr aufmerksam machten. So wurde mir am Ende meiner Krankheit erzählt, dass in Metternich zwei Personen verhaftet (worden waren). Obschon meine Kopfverletzung noch nicht verheilt war, wurde ich plötzlich entlassen und zwei Tage später, am 7. Dezember 1941, verhaftet und nach Wiesbaden ins Untersuchungsgefängnis gebracht, wo schon mehrere von uns waren (...)

Bei meiner Verhaftung war meine Kopfverletzung noch nicht ausgeheilt, weshalb ich den Gefängnisarzt in Anspruch nehmen musste. Der alte Verband wurde mit Heftpflaster festgeklebt. Erst nach zehn Tagen wurde der Verband erneuert. Der Beamte riss das Pflaster herunter, wobei noch viel Haar abgerissen wurde. Als ich dagegen protestierte, gab er mir zur Antwort, (seien) Sie nicht so zimperlich, Sie verlieren sowieso den Kopf.

Später erging gegen Frau Noetzel, die Eheleute Hoevel und gegen Jakob Newinger Haftbefehl. Im Mai 1942 folgte eine Anklage bei dem Oberlandesgericht Kassel. Später erinnert sich Jakob Newinger:

Nach Abschluss der Voruntersuchung wurden wir nach Kassel, wo sich das Oberlandesgericht befand, transportiert. Auch hier war der Hunger groß und ein Außenarbeiter brachte mir schon mal ein Stück Brot mit und gab mir auch als sein eigenes. Die Gerichtsverhandlung dauerte einen Tag. Außer den Richtern, Staatsanwälten, Gestapo und Wache wurde keiner zugelassen, bis zur Urteilsverkündung, wo nur Presseleute zugelassen wurden. Als Angeklagte standen vor Gericht Genosse Hoevel (seine) Frau aus Metternich, Frau Noetzel aus Wiesbaden und ich. Der Mann von Frau Noetzel hatte in Wiesbaden den Freitod gewählt. Drei Genossinnen (vom) Niederrhein wurden von uns abgetrennt. Ein Offizier und Genosse Steinwand kamen vor das Militärgericht. Genosse Hoevel und seine Frau wurden zum Tode verurteilt. Frau Noetzel erhielt zehn Jahre Zuchthaus und bei mir beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe, was auch die Gestapo verlangte, denn bei mir dürfte es niemals eine Freiheit geben.

So weit die Erinnerungen von Jakob Newinger. Aus den von mir eingesehenen Strafakten des Oberlandesgerichts Kassel ergibt sich folgendes: Mit Urteil vom 26. Juni 1942 verurteilte das Oberlandesgericht Kassel alle vier wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit einem Verbrechen nach der Rundfunkverordnung. Deswegen wurden Margarete Noetzel zu sechs (nicht wie Newinger aus der Erinnerung angegeben hat: zehn) Jahren Zuchthaus sowie Jakob Newinger selbst zu zehn Jahren Zuchthaus und André und Anneliese Hoevel zum Tode verurteilt. Bei Newinger und den Eheleuten Hoevel nahm man einen besonders schweren Fall eines Rundfunkverbrechens an; dies hatte bei den Hoevels die Todesstrafe zur Folge. Der Grund dafür lag bei den Eheleuten Hoevel in einer Bemerkung von André Hoevel, die als Aufforderung zur Desertion angesehen werden konnte. Hierzu heißt es in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft u.a.:

Bei seinem letzten Besuch in Koblenz im Oktober 1941 brachte Noetzel in Anwesenheit der Eheleute Hoevel die Rede auf (den Leutnant) Kleinz sowie auf einen Brief, den dieser von der Ostfront geschrieben hatte. Hoevel bemerkte hierauf, wenn man Kommunist sein wolle und Soldat wäre, dann müsse man sehen, dass man „auf die andere Seite“ komme. Wer es anders sähe, könne keinen Anspruch darauf erheben, als Kommunist bezeichnet zu werden. Im Anschluss hieran äußerte er zu Noetzel gewandt: „Bringst Du es fertig, auf einen russischen Genossen zu schießen? Da muss man doch bei der ersten besten Gelegenheit überlaufen, damit man so etwas nicht macht.“

In dem Urteil heißt es zu André und Anneliese Hoevel dann u.a.:

Bei den Eheleuten Hoevel (war) das Vorliegen eines besonders schweren Falles im Sinne des § 2 der Rundfunkverordnung zu bejahen. Die Eheleute Hoevel sind, wie bereits in den früher gegen sie ergangenen Urteilen zum Ausdruck gebracht ist, besonders intelligente und gefährliche Kommunisten. Die erheblichen einschlägigen Vorstrafen, die sie verbüßt haben, haben ebenso wenig an ihrer fanatischen kommunistischen Einstellung etwas zu ändern vermocht wie die lang dauernde Unterbringung im Konzentrationslager und die dort abgegebene Verpflichtungserklärung. Kaum aus dem Konzentrationslager entlassen, nehmen sie wieder die Betätigung für den Kommunismus auf und machen sich in Koblenz zum geistigen Mittelpunkt eines kommunistischen Kreises. Und zwar tun sie das, obwohl sie alsbald in Koblenz eine gute wirtschaftliche Daseinsgrundlage fanden und allen Grund hatten, dem Dritten Reich für seine Duldsamkeit dankbar zu sein. Statt das zu tun, zeigen sie gerade in dem Fall Kleinz ihren ganzen schlechthin nicht zu übertreffenden Hass gegen das Dritte Reich. Es erübrigt sich jede nähere Ausführung über das Gefährliche der Bestrebungen, die die Eheleute Hoevel verfolgt haben. Sie sind, wie die mit ihnen gemachten Er-

fahrungen beweisen, völlig unverbesserlich. Sie wollen sich nicht in die Volksgemeinschaft eingliedern, sondern kämpfen dagegen mit allen Mitteln an, die sich ihnen bieten. Sie müssen deshalb zum Schutz der Volksgemeinschaft aus dieser ausgemerzt werden. Auf Grund dessen war bei ihnen unter Annahme eines besonders schweren Falls nach § 2 der Rundfunkverordnung auf die Todesstrafe zu erkennen.

Angesichts der Verurteilung der Eheleute Hoevel zum Tode war das Urteil gegen Newinger mit der Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus – vergleichsweise – gering – soweit man bei zehn Jahren Zuchthaus für Rundfunkhören und Sprechen über das Gehörte, wie auch immer gewendet, von einer recht geringen Strafe reden kann. Jakob Newinger empfand die Verurteilung zu „nur“ zehn Jahren Zuchthaus ebenfalls als eine sehr glückliche Fügung. Wie es dazu kam, schildert er in seinen Erinnerungen. Darin heißt es:

(In der Hauptverhandlung vor dem Oberlandesgericht) kam für mich etwas Überraschendes, denn der Vorsitzende (des Gerichts), ein alter Herr, verlas ein Gesuch von einem Hauptmann, in dessen Kompanie ich in China war. Da er meine Adresse kannte, wollte er als damaliger Oberst auf eine(r) Reise von Stettin nach Mainz und nach Frankfurt mich und meine Familie in Metternich besuchen, und er musste zu Hause erfahren, dass man mich von der Gestapo verhaftet hatte. Er war wohl Offizier aber kein Nazianhänger. Nach (der) Verlesung (des Gesuchs) verlangte der Staatsanwalt immer noch meinen Kopf. Das Gericht, das sich zur Beratung zurückzog, folgte nicht dem Antrag des Staatsanwaltes und das Urteil lautete für mich (auf) zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Man spürt in dieser Passage ganz deutlich die Erleichterung Jakob Newingers, dass ihm das Fallbeil erspart geblieben ist. Im Urteil des Oberlandesgerichts Kassel heißt es dazu:

Die Tat des Angeklagten Newinger weist manche Ähnlichkeit mit der der Eheleute Hoevel auf, aber doch auch wesentliche Unterschiede. Auch Newinger ist ein Kommunist, auf den weder die einschlägige Vorstrafe noch der vorhergegangene Aufenthalt im Konzentrationslager ausreichend gewirkt haben. Auch er hat sich wieder in kommunistische Bestrebungen einspannen lassen. Er ist aber, anders als die Eheleute Hoevel, nicht als besonders intelligenter oder aktiver Kommunist anzusprechen, sondern als Mensch, der offensichtlich nicht über die nötige Willensstärke verfügt, um sich Einflüssen entgegenzustellen, die aus der politischen Vergangenheit auf ihn einwirken, so ist es ihm zu glauben, dass er nicht von sich aus die politischen Beziehungen zu den Eheleuten Hoevel gesucht hat, sondern dass Rudolf Steinwand ihn dorthin gebracht hat unter dem Vorwand, er könne dort möglicherweise eine Arbeitsstelle erhalten; stattdessen zogen ihn dann die Eheleute Hoevel in ihren politischen Kreis. Auch das in seiner eigenen Wohnung erfolgte Abhören ausländischer Sender ist, wie er unwiderlegt vorbringt, weniger auf seinen eigenen Antrieb als auf den Anstoß des Rudolf Steinwand zurückzuführen. Schon geraume Zeit vor seiner Festnahme – Anfang 1941 – hat er sich dann sowohl von den Eheleuten Hoevel wie auch von den Brüdern Steinwand zurückgezogen und auch allein nicht nachweisbar mehr ausländische Nachrichten abgehört. Wäre er an dem Fall Kleinz irgendwie beteiligt, oder wären auch nur die Brüder Steinwand zu der Zeit, zu der der Angeklagte sie bei sich ausländische Nachrichten abhören ließ, Wehrmachtsangehörige gewesen, wie das die Anklage ersichtlich angenommen hatte, so hätte der Senat allerdings auch bei ihm einen besonders schweren Fall im Sinne des § 2 der Rundfunkverordnung angenommen und auf die Todesstrafe erkannt. Da diese Erschwerungsgründe aber bei ihm nicht vorliegen, so erschien für seine Tat die Todesstrafe nicht als unabweisbare Sühne. Vielmehr war gegen ihn eine allerdings der Schwere der Tat wie der politischen Vergangenheit des Angeklagten entsprechende

harte Zuchthausstrafe angebracht, die der Senat auf zehn Jahre bemessen hat.

Bei Anneliese und André Hoevel blieb es aber bei der verhängten Todesstrafe. Auch ein Gnadengesuch der beiden blieb erfolglos. Anneliese und André Hoevel wurden dann am 28. August 1942 innerhalb von fünf Minuten im Gefängnis von Frankfurt-Preungesheim mit dem Fallbeil hingerichtet.

Newinger verbüßte demgegenüber seine zehnjährige Strafe in Zuchthäusern, in Rheinbach und in Siegburg. Gegen Ende des Krieges ließ man Newinger nicht mehr dort, sondern brachte ihn zum Arbeitseinsatz an die Bergstraße. Dort musste er in einem Munitionslager Munition verladen. Später erinnert er sich:

Der harte Winter 1944/45 setzte den Gefangenen schwer zu. Der Hunger wurde fast unerträglich. Die Kleider reichten nur für den Sommer, aber nicht für den Winter mit Schnee und Eis. Die Arbeit fand unter freiem Himmel statt, ohne Strümpfe und ohne vernünftige(s) Schuhwerk. Wenn man das Glück hatte, in einer Halle zu arbeiten, dann versuchten wir ein altes Segeltuch und Bindfäden zu bekommen, um damit eine Art Strümpfe zu machen, so hatte man mit der Zeit auch eine Art Unterjacke angefertigt. Das dauerte nicht lange, und die Arbeit hatte man umsonst gemacht. Eines Tages nach der Arbeit marschierten wir zurück in die Baracke(n) und anders als üblich mussten wir uns auf einem Platz vor den Baracken in zwei Gliedern aufstellen. Es war bitter kalt und der SS-Kommandant gab den Befehl, sämtliche Kleider auszuziehen. Nachdem man unsere mühsam zusammen genähten Sachen eingesammelt (hatte), ließ man uns noch eine Weile nackt stehen, bis der Befehl kam „Anziehen!“. Zur Strafe entzog man uns acht Nächte die zweite Schlafdecke.

Zuletzt mussten die Häftlinge zu Fuß in das Zuchthaus Butzbach marschieren. Dort wurden sie von Amerikanern befreit. Umgehend machte sich Newinger zu Fuß auf den Weg nach Hause und erreichte mit einigen Schwierigkeiten schließlich Koblenz und dann Metternich. Da sein Haus Ende 1944 von einer Bombe zerstört war und seine Frau und seine Tochter zu Verwandten im Westerwald gezogen waren, hatten seine Genossen für ihn eine Wohnung hergerichtet. In den Erinnerungen Newingers heißt es zu seiner Rückkehr und der seiner Frau und der Tochter nach Metternich:

Meine Schwester ließ den Pferdewagen kommen, um unsere Sachen (zu) verladen, und nach einem guten Frühstück brachte man uns nach (dem) Hause, wo uns die Genossen schon eine Wohnung hergerichtet hatten. Da das Haus einem Nazi gehörte, gefiel ihm unsere Anwesenheit nicht. Um einen Streit zu vermeiden, wies man uns in eine andere Wohnung, wo ebenfalls ein Nazi wohnte, der aber nicht anwesend war. Kaum war die Tochter des Faschisten wieder nach Hause gekommen, ging der Streit auch dort los, obwohl ich die Miete bezahlte. Es kam sogar zu einer Gerichtsverhandlung, wo zu ihrer Verteidigung zwei Rechtsanwälte anwesend waren. Der eine war ein alter Nazi und der andere war ein CDU-Mann. Ich schilderte dem Gericht den ganzen Sachverhalt und verbat mir, mich weiter zu belästigen, da ich anderenfalls einen Franzosen in Anspruch nehmen würde. Als sich daraufhin noch keine Ruhe fand, wandte ich mich an einen französischen Offizier, welcher bei der deutschen Behörde dafür sorgte, dass man mich in Ruhe ließ (...) Um die Wohnverhältnisse einigermaßen in Ordnung zu bringen, setzte der Bürgermeister der Stadt für den Ortsteil Metternich einen SPD-(Mann) und mich ein, denn es gab viele, insbesondere alte Nazis, welche keine Mieter mehr aufnahmen. Andere hatten wieder die Zimmer von gehamsterten Möbel(n) und Hausrat (voll) und wir trafen bei ihnen auf harten Widerstand, wo

wir gezwungen waren, Anzeige zu erstatten. Die Nazis wandten sich wieder an ihren Nazi-Rechtsanwalt, der sich dann in einem Zeitungsbericht an die Behörde wandte, unserem Vorgehen müsste sofort ein Ende bereitet werden. Da uns der Bürgermeister in Wohnungsfragen weiter unterstützte, führten wir unseren Auftrag weiter durch.

Oberbürgermeister war zu dieser Zeit der von den Amerikanern eingesetzte Sozialdemokrat Wilhelm Kurth. Er war der Nachfolger von Franz Lanfers, dem früheren Hafens- und Verkehrsdirektor. Lanfers war unmittelbar nach dem Krieg der erste Oberbürgermeister von Koblenz, als ehemaliges NSDAP-Mitglied erschien er den Amerikanern aber untragbar. Kurth konnte sich offenbar einer recht breiten Zustimmung erfreuen. Auch Newinger und die KPD unterstützten ihn. Ihr Ziel unmittelbar nach dem Krieg und aus den Erfahrungen des Widerstandes heraus war die Schaffung eines Zusammenschlusses von SPD und KPD. Dieses Projekt ist ja bekanntermaßen im Westen gescheitert, im Osten, in der Sowjetischen Besatzungszone, gab es hingegen die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. An diese Zeit erinnert sich Newinger in seiner „Geschichte meines Lebens“:

Wir sandten allen bekannten Mitgliedern der SPD eine Einladung zur gemeinsamen Versammlung der KPD und SPD. Die Versammlung war gut besucht und die übergroße Mehrheit bekannte sich zur Schaffung einer Einheitspartei, was zu begrüßen war. Zum Bürgermeister der Stadt wählten wir ein Mitglied der SPD (das war der erwähnte, von den Amerikanern eingesetzte Wilhelm Kurth), der auch das Amt annahm, und wir entfalteten eine rege Tätigkeit. Das ging alles gut, bis Kurt Schumacher auf den Plan trat und alles zunichte machte.

Überhaupt scheint es so, dass der Oberbürgermeister Kurth die KPD und gerade auch Newinger am Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligen wollte. Kurth entwickelte die Idee eines „antifaschistischen Bürgerrats“ in Koblenz. Seinen Vorschlag billigte die – inzwischen französische – Militärregierung im Juli 1945 und erlaubte den Bürgerrat als ein Beratungsgremium. Entsprechend dem Stimmenanteil bei den Wahlen vor 1933 war darin das frühere Zentrum mit neun Mitgliedern vertreten, die Sozialdemokraten mit drei und die Kommunisten ebenfalls mit drei Mitgliedern. Vervollständigt wurde der antifaschistische Bürgerrat von drei weiteren Mitgliedern, die bislang parteipolitisch nicht hervorgetreten waren. Newinger war einer der drei kommunistischen Mitglieder des Bürgerrats.

Etwa zur selben Zeit – im Juni 1945 – wurde Newinger zum Hallenmeister im Schlachthof in Koblenz ernannt. Sogleich machte er sich daran, die Belegschaft gewerkschaftlich zu organisieren. Dies gelang auch und er wurde der erste Betriebsratsvorsitzende.

Diese hier angesprochene Phase der unmittelbaren Nachkriegszeit ging bald zu Ende. Stationen der weiteren Entwicklung waren der frühe und unerwartete Tod des Oberbürgermeisters Kurth Anfang März 1946, die Deklaration eines „rhein-pfälzischen Landes“ am 30. August 1946 durch den französischen Befehlshaber in Deutschland, General Koenig und die ersten freien Kommunalwahlen nach dem Krieg am 15. September 1946. Aus diesen Wahlen ging die neu gegründete CDU als Sieger hervor. Sie erhielt im Koblenzer Stadtrat 21, die SPD zwölf Sitze und die KPD drei Sitze. Newinger war nicht im Stadtrat, als Angestellter der Stadt konnte er es auch nicht sein. Neuer Oberbürgermeister wurde der frühere Stadtinspektor Josef Schnorbach von der CDU.

Aus welchen Gründen auch immer wurde Newingers Stellung als Hallenmeister des Koblenzer Schlachthofs immer schwieriger und umstrittener. Schließlich wurde ihm sogar ge-

kündigt. Newingers Gang zum Arbeitsgericht führte dazu, dass er seine Arbeit beim Schlachthof wieder aufnahm. Newinger blieb dann Hallenmeister bis zu seiner Pensionierung. In seinen Erinnerungen schreibt er darüber:

Im Jahre 1954 hatte ich mein Alter erreicht und der Oberbürgermeister Schnorbach war froh, mich endlich los zu werden. (Er) ließ mir noch einige Flaschen Wein und ein Diplom überbringen durch den damaligen SPD-Schlachthofdezernenten, der glaubte, an meiner politischen Einstellung (noch) Kritik üben (zu müssen), was ich schärfstens zurückwies.

Auch im Ruhestand setzte Newinger seine Gewerkschafts- und politische Arbeit fort. Das Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1956 unterband dann viele weitere Aktivitäten. Newinger reiste viel, besuchte wiederholt die UdSSR, andere Staaten des damaligen Ostblocks und die DDR. Zeit seines Lebens blieb er ein Sympathisant der Sowjetunion und der DDR. In seinen Erinnerungen heißt es über die Zeit nach dem Mauerbau:

In der DDR muss man überall die enge Verbundenheit der SED mit der Masse des Volkes (feststellen). Seit der festgelegten Grenze im August 1961 muss man den gewaltigen Aufbau als ein wahres Wunder betrachten. Es gibt in der DDR keinen Parteihader wie in Bonn. In der DDR sind alle Parteien (in) der nationalen Partei zusammengefasst, wo über alles beraten wird unter Mitwirken der gesamten Bevölkerung. Es heißt ja in der Verfassung „Arbeite mit, plane mit und regiere mit“. Meine Frau und ich bereisten die DDR privat und auch als Delegierte. Auch besuchten wir öfter die Leipziger Messe. Wir erlebten dort die schlechten Jahre, aber auch die Jahre des gewaltigen Aufbaus. Überall schießen Fabriken und Neubauwohnungen in die Höhe und auch der Lebensstandard verbessert sich laufend. Man sieht doch, dass es ohne Kapitalisten besser geht, und die DDR ist zugleich ein Garant des Friedens.

Diese Einschätzungen Newingers aus dem Jahr 1969 sind uns heute recht fern. Man muss sie aber auch aus der Zeit heraus verstehen und letztlich auch als ein Teil der Persönlichkeit Newingers. Aus dieser Haltung heraus hat er in dem „Tausendjährigen Reich“ Adolf Hitlers, das dann 12 ¼ Jahre währte, vom Anfang bis zum Ende – 12 ¼ Jahre lang – Widerstand geleistet. In dieser Zeit war er für seinen Widerstand mehr als sechs Jahre und drei Monate in Gefängnissen und Zuchthäusern eingekerkert. Dabei ist er dem Fallbeil nur durch Zufall und nur ganz knapp entgangen. Man stelle sich vor, was Menschen wie er hätten verhindern können, wenn es mehr von ihnen gegeben hätte und sie besser organisiert gewesen wären... Auch Newinger hat – wie die Kommunisten insgesamt – mit dem Widerstand keinen sichtbaren Erfolg erzielt – und das, obwohl sie – anders als viele andere des deutschen Widerstandes – Hitler von Anfang an bekämpft hatten. Mit dem sichtbaren Scheitern des Widerstandes teilt Newinger das Schicksal des deutschen Widerstandes gegen Hitler insgesamt. Auch für Newinger gilt das Wort Henning von Tresckows, einem der maßgeblichsten Soldaten des militärischen Widerstandes vom 20. Juli 1944. Wenige Tage vor dem 20. Juli 1944 beschwor er den Attentäter Claus Graf Schenk von Stauffenberg mit den Worten: „Sollte es nicht gelingen, so muss trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass der deutsche Widerstand vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“

Jakob Newinger hat dann – wie gesagt – im Alter von 80 Jahren die Geschichte seines Lebens niedergeschrieben und ist im Alter von 83 Jahren, im Jahr 1972, in Koblenz gestor-

ben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.